

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, den 15.09.2006, im Ausschusszimmer des Kreishauses
Warendorf (4. OG, Zi. 570)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:18 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Bericht der Verwaltung	5
2.	Beendigung der Übertragung der Tierkörperbeseitigungspflicht auf die Fa. Schlachtnebenprodukte GmbH & Co. KG in Belm-Icker zum 31.12.2008	105/2006 7
3.	Beitritt zur Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück, der Niedersächsischen Tierseuchenkasse und der Fa. Schlachtnebenprodukte GmbH & Co. KG in Belm-Icker	106/2006 8
4.	Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2006	113/2006 9
5.	Steuerung der Aufwendungen in der Hilfe zur Pflege hier: Einführung von Fallmanagement	110/2006 10
6.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG zur Neueinstellung von drei Sozialarbeitern für die Schulsozialarbeit an den drei Berufskollegs des Kreises	123/2006 11
7.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zur Änderung der Vergaberichtlinien	118/2006 13

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Deckenerneuerung an der K 52 Oelde-
Herzebrock und Fahrbahnsanierung an der K 12
Oelde-Rheda **103/2006**

2. Deckenerneuerung an der K 23 von Budden-
baum nach Ennigerloh **104/2006**

Anlagen

- Anlage 1 Antwort auf die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 17.08.2006 zur
Änderung der Vergaberichtlinien (TOP 7)

Anwesend:

Mitglieder des Kreisausschusses	
Birkhahn, Astrid	
Buschkamp, Franz-Josef	
Hild, Karl-Wilhelm	
Juli, Reimund	
Kaup, Winfried	
Krause, Winfried	
Kreft, Peter	
Mors, Annette	Vertretung für Frau Dagmar Arnkens-Homann
Müller, Eckehard	
Ommen, Detlef	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Strautmann, Klaus Dr.	
Tünste-Poschmann, Hildegard	
Wartala, Franz-Jörg	
Wiemann, Norbert	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Hansen, Peter Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Burgdorf, Marc-André	
Kampelmann, Norbert	
Rogoski, Nicole	

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreisausschusses
Arnkens-Homann, Dagmar

Herr stellvertretende Landrat Buschkamp eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 31.08.2006 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil**1. Bericht der Verwaltung**

KD Dr. Börger lädt ein, am Sonntag, den 17.09.2006 ab 18.00 Uhr die Ergebnisse der Landratswahl im Kreishaus zu verfolgen.

1. Grundkötter

➤ KD Dr. Börger:

Wie bereits der Presse entnommen werden konnte, werde die Firma Grundkötter den Schlachtbetrieb in Beckum einstellen. Bislang seien dort 75% des Schlachtaufkommens im Kreis Warendorf angefallen. Die Schließung wirke sich auch auf die Kreisverwaltung aus. Für das Jahr 2007 erwarte der Kreis den Ausfall von Gebühren in Höhe von rd. 550.000 €. Zudem sei auch Personal der Kreisverwaltung von der Einstellung des Schlachtbetriebes betroffen. Für vier Tierärzte und sechs Fleischbeschauer seien betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgeschlossen. Mit den betroffenen Mitarbeitern fänden derzeit Einzelgespräche statt, um Lösungen zu erarbeiten. Eventuell könnten diese Mitarbeiter von Kreisen übernommen werden, bei denen sich das Schlachtaufkommen erhöhe.

2. Verwaltungsstrukturreform

➤ KD Dr. Börger:

Die Verwaltungsstrukturreform in den Bereichen Versorgungs-, Umwelt- und Forstverwaltung wirke sich auch auf den Kreis Warendorf aus.

Es zeichne sich ab, dass das zukünftige Elterngeld in die Zuständigkeit der Kreise fallen werde. Zur Aufgabenerfüllung bei der Kreisverwaltung werde ein Bedarf von ungefähr sechs Mitarbeitern angenommen.

Des weiteren gehe das soziale Entschädigungsrecht wohl auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe über.

Unklar sei jedoch, wer die Aufgaben nach dem Schwerbehindertenrecht wahrnehmen solle. Entgegen den Meldungen der Presse sei nach seiner Information die Zuständigkeitsfrage noch offen. Für den Fall, dass hier die Kreise zuständig würden, sei ein Stellenbedarf von etwa 10 Mitarbeitern anzunehmen. Der Zeitplan der Landesregierung, dies bereits zum 01.01.2007 umzusetzen, sei voraussichtlich nicht einzuhalten.

Außerdem würden die Staatlichen Ämter für Umwelt- und Arbeitsschutz aufgelöst. Der Kreis übernehme dann grundsätzlich Aufgaben der unteren Emissionsschutzbehörde, d.h. er werde z.B. für Abfallsortieranlagen oder Windkraftanlagen zuständig.

Auch das Forstamt in Warendorf werde aufgelöst. Künftig werde es nur noch ein Forstamt für das gesamte Münsterland geben.

3. Fusion der Aktion Münsterland und der Münsterlandtouristik

➤ KD Dr. Börger:

Der Fusionsprozess der beiden Vereine werde derzeit von einer externen Firma begleitet. Mit der Fusion sei wahrscheinlich zum 01.01.2008 zu rechnen.

2.	Beendigung der Übertragung der Tierkörperbeseitigungspflicht auf die Fa. Schlachtnebenprodukte GmbH & Co. KG in Belm-Icker zum 31.12.2008	105/2006
----	--	-----------------

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Übertragung der Tierkörperbeseitigungspflicht auf die Fa. Schlachtnebenprodukte GmbH & Co. KG in Belm-Icker zum 31.12.2008 kraft Gesetzes endet.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3.	Beitritt zur Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück, der Niedersächsischen Tierseuchenkasse und der Fa. Schlachtnebenprodukte GmbH & Co. KG in Belm-Icker	106/2006
----	---	-----------------

Beschluss:

Dem Beitritt zur Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Osnabrück, der Niedersächsischen Tierseuchenkasse und der Fa. Schlachtnebenprodukte (SNP) GmbH & Co. KG in Belm-Icker wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben 2006**113/2006****Beschlussvorschlag:**

1. Die in der Sitzungsvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden müssen, werden zur Kenntnis genommen.
2. Den in der Sitzungsvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die der Zustimmung des Kreistages unterliegen, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

5.	Steuerung der Aufwendungen in der Hilfe zur Pflege hier: Einführung von Fallmanagement	110/2006
-----------	---	-----------------

Beschluss:

1. Zur verbesserten Steuerung der Aufwendungen in der Hilfe zur Pflege wird – zunächst im Rahmen eines Modellprojektes in der Zeit vom 01.01.2007 bis 31.12.2008 – Fallmanagement eingeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt auf der Basis der beschriebenen Eckpunkte Vertragsverhandlungen mit der KAA zur Durchführung des Fallmanagements aufzunehmen und den Vertragsentwurf möglichst in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG zur Neueinstellung von drei Sozialarbeitern für die Schulsozialarbeit an den drei Berufskollegs des Kreises	123/2006
-----------	--	-----------------

➤ Herr Juli:

Der Grund für die prekäre Situation an den Berufskollegs sei am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu suchen. Nach wie vor stelle sich die Situation für Menschen, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz fänden, katastrophal dar.

Auf zwei Jugendliche käme maximal ein Ausbildungsplatz. Besonders schlimm sei, dass bereits die Hälfte der Jugendlichen, die eine Ausbildung suchten, bereits die "Warteschleife" hinter sich gebracht hätten.

Die unversorgten Schüler landeten dann in den Berufskollegs des Kreises, die zweifelsfrei hervorragende Arbeit leisteten und denen an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen werde. Dennoch seien die Berufskollegs nicht ausreichend auf die Situation vorbereitet. Allein die fachliche Vermittlung sei für viele Schüler nicht ausreichend. Vielmehr seien Schulsozialarbeiter notwendig. Diese sollten bereits zum 01.02.2007 ihre Arbeit an den Berufskollegs aufnehmen.

Das Thema werde bereits frühzeitig angesprochen, um es in die Haushaltsplanberatungen einfließen zu lassen. Die anfallenden Mittel könnten im Rahmen des Gesamthaushalts eingespart werden.

➤ KD Dr. Börger:

Ohne Frage bestehe ein Problem auf dem Ausbildungsmarkt. Dieses werde im Kreis Warendorf durch das Engagement der Berufskollegs und anderer Maßnahmen wie STARegio oder dem Werkstattjahr gemildert. Auch er nutze die Gelegenheit den Lehrern und Schulleitern an den Berufskollegs im Kreis seinen Dank für ihre engagierte Arbeit auszusprechen.

Die Schulsozialarbeit beschäftige die Verwaltung und die Politik im Kreis Warendorf schon seit mehreren Jahren. Im Berufskolleg Beckum gebe es bereits eine Schulsozialarbeiterin, deren Finanzierung noch weitere eineinhalb Jahre gesichert sei. Im Berufskolleg Warendorf sei ebenfalls eine Sozialarbeiterin tätig. Die Rückmeldungen seien sehr positiv. Das Berufskolleg Ahlen sehe selbst keinen dringenden Bedarf für einen Schulsozialarbeiter. Der Vollständigkeit halber sei anzumerken, dass auch an der Regenbogenschule Schulsozialarbeit geleistet werde.

Der seit einigen Jahren herrschende Streit um die Zuständigkeiten sei jetzt endlich geklärt. So stehe fest, dass der Kreis für Integrationshelfer zuständig sei. Dafür wende er bereits jetzt pro Jahr rd. 500.000 € auf, um behinderten Kindern den Besuch einer Schule zu ermöglichen. Geklärt sei aber gesetzlich nunmehr auch, dass für die Schulsozialarbeit das Land zuständig sei. Deshalb sei das Land und nicht der Kreis der zuständige Kostenträger.

➤ Herr Hild:

Im Kreistag sei die Arbeit der Berufskollegs im Kreis Warendorf nie streitig gewesen. Über die Schulsozialarbeit sei bereits in der Vergangenheit mehrfach diskutiert worden.

Sollten die Schulleiter den Bedarf von weiteren Schulsozialarbeitern im Fachausschuss vortragen, werde sich die CDU-Fraktion dieser Diskussion nicht verschließen. Eine Finanzierung über die Kreisumlage komme allerdings nicht in Frage. Vielmehr müsste der Antrag an die Bezirksregierung und die Landesregierung weitergeleitet werden.

Er stelle daher den Antrag, dieses Thema an den Schulausschuss zu verweisen und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

➤ Herr Dr. Strautmann:

Er sei ebenfalls der Meinung, die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Die Schulleiter müssten sich mit dem Thema selbst auseinandersetzen. Möglicherweise sei auch schon an Haupt- und Realschulen der Bedarf an Sozialarbeitern gegeben. Diese Diskussion müsse aber im Fachausschuss stattfinden.

➤ Herr Juli:

Schulsozialarbeit in Hauptschulen sei Aufgabe des Schulträgers, also die der Städte und Gemeinden. Einer Diskussion im Fachausschuss werde man sich gerne anschließen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen über den weitergehenden Antrag der CDU-Kreistagsfraktion ab.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
6 Enthaltungen

Der Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG ist damit an den Schulausschuss verwiesen.

7.	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion zur Änderung der Vergaberichtlinien	118/2006
-----------	--	-----------------

➤ Herr Hild:

Durch die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion solle nicht der Eindruck erweckt werden, die Kreisverwaltung vergebe Aufträge nicht mittelstandsfreundlich.

Herr Dr. Funke beantwort die Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 1).

Franz-Josef Buschkamp
stellvertretender Landrat

Dr. Heinz Börger
Schriftführer